

► Allgemeines

Mehr Frauen in die Politik. Unter dem Vorsitz der Europäischen Unions-Ratspräsidentschaft Sloweniens berieten die Gleichstellungsministerinnen und -minister der Mitgliedstaaten sowie Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments im Januar über Strategien zur Verbesserung der politischen Teilhabe von Frauen. Ein zentrales Ziel ist dabei die Erhöhung des Frauenanteils in politischen Führungspositionen. EU-weit gibt es hier zwar Fortschritte, doch sind in allen Mitgliedstaaten Frauen in den Parlamenten unterrepräsentiert. Das gilt auch für die Europäische Kommission und das Europäische Parlament, in dem Frauen mit einem Anteil von 31 % vertreten sind. In der Europäischen Kommission stehen acht Frauen 19 Männern gegenüber (30 %). Neben dem Thema Frauen in politischen Führungspositionen diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Möglichkeiten zur Beseitigung von Rollenstereotypen in der Bildung sowie Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung in der Entwicklungspolitik. Deutschland liegt mit einem Frauenanteil von 31,6 % im Deutschen Bundestag über dem europäischen Durchschnitt von 23 %. Beim Frauenanteil in den höchsten Regierungsämtern erreicht Deutschland mit der Kanzlerin und fünf Ministerinnen (38 %) sogar EU-weit den vierten Platz. Nur in Finnland (60 %), Schweden (45 %) und Spanien (41 %) üben prozentual mehr Frauen die höchsten Regierungsämter aus. Auf kommunaler Ebene hingegen besteht in Deutschland Nachholbedarf. Nur 33 der insgesamt 218 Städte des Deutschen Städtetages werden von einer Oberbürgermeisterin regiert (15 %). Um das zu ändern, hat das Bundesfamilienministerium mit der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft ein zweijähriges Forschungsprojekt gestartet. Es soll die Partizipation von Frauen auf kommunalpolitischer Ebene stärken und in Handlungsempfehlungen münden. Ziel ist es, in einer bundesweiten Befragung herauszuarbeiten, welches die Bedingungen für den erfolgreichen Ein- und Aufstieg von Frauen in politische Ämter ihrer Gemeinde sind. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 31. Januar 2008*

Europäisches Handbuch zu Gleichstellungsdaten.

Gründe und Methoden für den Aufbau einer nationalen Wissensbasis über Gleichbehandlung und Diskriminierung aufgrund der Rasse und ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung. Hrsg. Europäische Kommission. Selbstverlag. Luxemburg 2007, 119 S., kostenlos
DZI-D-8158

Im Jahr 2000 wurden von der Europäischen Union zwei Richtlinien zur Gleichbehandlung verabschiedet, die Diskriminierung in der Beschäftigung und anderen Bereichen wie Bildung und soziale Sicherheit untersagen. Dennoch gibt es hinreichend Belege dafür, dass immer noch jedes

Jahr Millionen von Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Ausrichtung diskriminiert werden. Über die Ursachen, das Ausmaß, die Art und die Auswirkungen von Diskriminierung ist jedoch nur wenig bekannt. Darum befasst sich dieses Handbuch mit der Frage, wie diese Wissenslücke geschlossen werden kann. Analysiert wird, welche Arten von Daten gesammelt werden sollen, welche Erhebungsmechanismen und Forschungsmethoden es gibt und welchen Zwecken die jeweiligen Daten dienen können. Das Buch wendet sich an alle, die an der Sammlung oder Nutzung von Gleichstellungsdaten mitwirken. Bestellungen über <http://bookshop.europa.eu/>

Gemeinsam engagiert für eine gemeinsame Zukunft – bürgerschaftliches Engagement im Bereich Integration. Mit diesem Projekt, das im Juni 2007 begann, soll bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten und ihren Organisationen besser sichtbar gemacht werden. Dafür werden die vorhandenen Strukturen der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns mit denen des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement zusammengebracht, um sie für die Förderung der Integration von Zuwanderern zu nutzen. Das Projekt soll außerdem das bürgerschaftliche Engagement, das von Zugewanderten in Beiräten oder in Vereinen geleistet wird, mit dem Engagement in deutschen Einrichtungen verknüpfen. Im Rahmen des Projekts werden Informationen zu gelungenen Modell- und Arbeitsansätzen gesammelt und Anregungen für die Weiterentwicklung der Praxis vor Ort gegeben. Darüber hinaus werden Qualifizierungsangebote für Ehrenamtliche entwickelt und der Austausch und die Vernetzung der lokalen Akteure angeregt und unterstützt. Das Projekt wird von Juni 2007 bis Ende 2008 aus Mitteln des Sozialministeriums mit 98 000 Euro und mit 78 000 Euro durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefördert. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 019.08*

► Soziales

Gemeinsame Servicestellen. Zum Jahresbeginn 2008 haben die Rehabilitationsträger mit einer neuen Rahmenvereinbarung die Grundlagen für die Weiterentwicklung Gemeinsamer Servicestellen als flächendeckendes, trägerübergreifendes und ortsnahes Beratungs- und Unterstützungsangebot für behinderte Menschen geschaffen. Die Rehabilitationsträger verbinden mit diesem Instrument insbesondere eine Optimierung und Beschleunigung von Verfahren, einschließlich daraus resultierender möglicher Einsparungen in anderen Leistungsbereichen. So haben sich die Verbände der gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung, die Deutsche Rentenversicherung Bund, der Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen, die Bundesagentur für Arbeit und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen auf der Ebene der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) auf gemeinsame Regelungen verständigt, die zukünftig dem zentralen Anliegen des Sozialgesetzbuches (SGB) IX nach Selbstbestimmung, Rehabilitation und gleichberechtigter Teilhabe behinderter Menschen auch durch Gemeinsame Servicestellen verstärkt Rechnung getragen werden

kann. Basierend auf den Aufgabenkatalogen nach den §§ 22 und 84 SGB IX werden die Information, Bedarfsklärung, Beratung und unterstützende Begleitung und Koordination sowie die neuen Aufgaben im Rahmen des Persönlichen Budgets und beim betrieblichen Eingliederungsmanagement hervorgehoben. Hier werden sich die Gemeinsamen Servicestellen insbesondere der Vernetzung vor Ort stellen müssen. *Quelle: Pressemitteilung der BAR vom 10. Januar 2008*

Wohnkosten und Hartz IV. Der Bundesrechnungshof kritisiert die Praxis bei der Gewährung von Wohn- und Heizkosten im Rahmen von Hartz IV. In einer Unterrichtung weist er auf erhebliche Mängel insbesondere bei der Ermittlung der angemessenen Aufwendungen hin. Das Bundesarbeitsministerium wird aufgefordert, per Rechtsverordnung bundeseinheitlich festzulegen, welche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung angemessen sind und unter welchen Voraussetzungen die Leistungen pauschaliert werden können. Dies lehnte der Bund bisher ab. Der Bundesrechnungshof schreibt, bei seinen Erhebungen in 13 Grundsicherungsstellen habe er acht verschiedene Regelungen vorgefunden, die „zu unterschiedlichen Leistungen“, „zu wesentlichen Ungleichbehandlungen der Hilfeempfänger“ und zu einer „zum Teil rechtswidrigen Gesetzesanwendung“ führten. *Quelle: Das Parlament 3.2008*

Hamburger Geschichten. Über die Schwierigkeiten wohnungsloser Menschen, medizinische Angebote in Anspruch zu nehmen. Hrsg. Caritasverband Hamburg e.V. und andere. Selbstverlag. Hamburg 2007, 24 S., kostenlos* DZI-D-8148* Diese Broschüre thematisiert die Probleme wohnungsloser Menschen mit dem derzeitigen Gesundheitssystem. Häufig werden sie von niedergelassenen Ärzten abgewiesen, da sie die Praxisgebühr nicht entrichten können. Zuzahlungen erschweren eine kontinuierliche Behandlung. Als weitere Hürden erweisen sich Bürokratie und Gesetzgebung. Daher hat es sich der „Regionale Knoten Hamburg“ zur Aufgabe gemacht, diese Missstände zu beseitigen. Seit Ende des Jahres 2005 treffen sich Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Hamburger Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, um einzelne Mängel aufzudecken und zu beheben. Die Broschüre verdeutlicht anhand von neun Porträts, wie wohnungslose Menschen an den Hindernissen im Gesundheitssystem scheitern können, und möchte helfen, die medizinische Versorgung dieser Zielgruppe zu verbessern. Bestellanschrift: Caritasverband Hamburg e.V., Danziger Straße 66, 20099 Hamburg, E-Mail: hansen@caritas-hamburg.de

► Gesundheit

Neue Chroniker-Richtlinie. Für chronisch kranke Menschen gibt es seit dem 1. Januar 2008 eine neue gesetzliche Auflage. Die Teilnahme an den von der gesetzlichen Krankenversicherung angebotenen Gesundheits- und Krebsfrüherkennungsuntersuchungen soll auch künftig immer noch nicht verpflichtend sein. Doch müssen sich gesetzlich Versicherte mit Erreichen des Anspruchsalters von einem Arzt, einer Ärztin einmalig über die Vor- und Nachteile der jeweiligen Früherkennung beraten lassen, um von der Ein-Prozent-Zuzahlungsgrenze zu profitieren, die normalerweise für chronisch Kranke gilt. Die Bera-

tungsgespräche müssen innerhalb von zwei Jahren nach Erreichen des Anspruchsalters für die jeweilige Früherkennungsuntersuchung durchgeführt und in einem Präventionspass bestätigt werden. Dies gilt für nach dem 1. April 1962 geborenen männlichen und nach dem 1. April 1987 geborenen weiblichen Versicherten. Ausnahme von dieser Verpflichtung besteht für Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen oder schwerer geistiger Behinderung. Die Regelung gilt zunächst nur für Früherkennungsuntersuchungen von Brust-, Darm- und Gebärmutterhalskrebs. *Quelle: VdK-Zeitung 2.2008*

Zu wenig Zeit für Patientinnen und Patienten? Vier von fünf kranken Menschen fühlen sich von ihrem Arzt, ihrer Ärztin nicht intensiv genug betreut. Das ist das Ergebnis einer Onlinebefragung von medmonitor.de, einem Online-Krankenhausführer. An der Umfrage beteiligten sich 1 050 Nutzer und Nutzerinnen der Seite. Dass die Angst vor weniger Zeit im Behandlungszimmer groß ist, zeigte auch der „Gesundheitsreport 2007“, eine Umfrage des Finanzdienstleisters MLP in Zusammenarbeit mit dem Institut für Demoskopie Allensbach unter rund 1 900 Bürgerinnen und Bürgern. Neben Beitragssteigerungen (84 %) und erhöhten Zuzahlungen für Medikamente (81 %) befürchteten 68 % der Befragten, dass die Ärztinnen und Ärzte immer weniger Zeit für ihre Patienten haben werden. *Quelle: Berliner Ärzteblatt 1-2.2008*

Arbeitshilfe für die Rehabilitation und Teilhabe schädel-hirn-verletzter Kinder und Jugendlicher. Hrsg. Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation. Selbstverlag. Frankfurt am Main 2007, 76 S., EUR 0,50 + Versandkosten *DZI-D-8100* Diese Informationsbroschüre befindet sich auf dem aktuellen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie gesetzlicher Grundlagen und vermittelt Standards einer umfassenden neurologischen Rehabilitation und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen nach einem Schädel-Hirn-Trauma. Orientiert an den verschiedenen neurologischen Behandlungs- und Rehabilitationsphasen zeigt die Arbeitshilfe für die jeweiligen Phasen von der Akutbehandlungsphase über die medizinisch-schulische und berufliche Phase bis hin zur Langzeitpflege die notwendigen Standards der Rehabilitation und Teilhabe auf und weist auf die Besonderheiten bei der Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit dieser Schädigung hin. Zudem werden die sozialrechtlichen Anspruchsgrundlagen für die neurologische Rehabilitation und Teilhabe ausgeführt. Die Arbeitshilfe richtet sich an Angehörige, Ärztinnen und Ärzte und alle weiteren Fachkräfte, die an der Rehabilitation betroffener Kinder und Jugendlicher mitwirken. Bestellanschrift: Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation, Walter-Kolb-Straße 9-11, 60594 Frankfurt am Main, Tel.: 069/60 50 18-0, Fax: 069/60 50 18-28, E-Mail: info@bar-frankfurt.de

Aufklärung allein reicht nicht – Konsequenzen aus der Verzehrstudie. Zu der im Januar 2008 veröffentlichten Nationalen Verzehrstudie II im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz erklärte Carola Gold, Geschäftsstelle des bundesweiten Kooperationsverbands „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“: „Diese Studie zeigt, in welchen

Bereichen Präventionsanstrengungen stärker konzentriert werden müssen. Aufklärung allein reicht nicht. Menschen in schwierigen Lebenslagen wie Arbeitslose, Ein-Eltern- oder Flüchtlingsfamilien brauchen zusätzliche Unterstützung. Wer mit einem besonders belastenden Alltag zu kämpfen hat, bedarf neben der Verbesserung der Lebenssituation spezieller Präventionsangebote, damit gut gemeinte Botschaften auch dauerhaft im Alltag umsetzbar sind.“ Auf der Website des Verbunds www.gesundheitliche-chancengleichheit.de sind wirkungsvolle Maßnahmen zusammengestellt, die zeigen, wie gerade diese Zielgruppen unterstützt werden können: Gesunde und erschwingliche Kindergarten- und Schulverpflegung ist ein wichtiger Baustein. Nicht weniger wichtig ist, dass gesundes Ernährungsverhalten dann auch in den Familien gelebt wird. So ist in einer Wilhelmshavener Kindertagesstätte das Thema Ernährung zusammen mit Bewegung und Sprachförderung in ein umfassendes Gesundheitskonzept eingebunden, das auch die Gesundheit der Erzieherinnen und die der Eltern miteinbezieht. Ein gutes Beispiel, wie Migrantenfamilien erreicht werden und gesunde Ernährung fester Bestandteil des Familienalltags wird, ist das Projekt „Gesund essen mit Freude“ von „Gesundheit Berlin“. Die Bundesregierung erarbeitet zurzeit den Nationalen Aktionsplan Ernährung und Bewegung. *Quelle: Pressemeldung von Gesundheit Berlin vom 31. Januar 2008*

► Jugend und Familie

Großelternzeit. Nach der Einführung des Elterngeldes im vergangenen Jahr soll nun auch für Großeltern eine ähnliche Regelung eingeführt werden. Grundlage des Modells der Großelternzeit ist die Elternzeit, innerhalb welcher den Eltern eines Kindes ein Rechtsanspruch auf unbezahlte Freistellung von der Arbeit gewährt wird. Gleichzeitig besteht in den ersten 14 Monaten nach der Geburt des Kindes ein Anspruch auf Elterngeld. Anlass für die jetzige Reform sind konkrete Fälle, in denen minderjährige Mütter ihre Schulausbildung abbrechen mussten, weil es ihren berufstätigen Eltern nicht möglich war, sie ohne Zustimmung des Arbeitgebers bei der Betreuung des Kindes zu unterstützen. Die Zahl sogenannter „Teenager-Schwangerschaften“ liegt jährlich bei über 6 000. Nach den bisherigen Plänen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend würde der Anspruch auf eine Großelternzeit dann bestehen, wenn ein Elternteil des Kindes das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder sich noch in der Ausbildung des ersten Bildungsweges befindet. Darüber hinaus müssen die Großeltern gemeinsam mit ihrem Enkelkind in einem Haushalt leben. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, können sich die Großeltern unbezahlt von der Arbeit freistellen lassen, um die jungen Eltern zu unterstützen. Zudem wird darüber nachgedacht, das ausgefallene Einkommen der Großeltern analog zur Elterngeldregelung zu ersetzen. *Quelle: SoVD Zeitung 2.2008*

Primi Passi – Erste Schritte. Ein Modellprojekt des Vereins Verwaiste Eltern München e.V. Von Adelheid Smolka und Julia Rüdiger. Hrsg. Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg. Selbstverlag. Bamberg 2007, 88 S., kostenlos *DZI-D-8135*
In diesem Bericht werden die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellprojekts vorgestellt, welches auf Initiative von verwaisten Eltern ins Leben gerufen

wurde. Vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen war es ihnen ein Anliegen, anderen Eltern, die ebenfalls ihre Kinder verloren haben, Unterstützung anzubieten. Durch das Projekt wurden besonders Eltern erreicht, die ihr Kind vor, während oder nach der Geburt oder durch einen plötzlichen Tod, zum Beispiel Unfall oder Suizid, verloren haben. Den Ausgangspunkt des Berichts bildet die Beschreibung der theoretischen Grundlagen und der Vorgehensweise bei der wissenschaftlichen Begleitung. Im Weiteren wird der Einsatz von Ehrenamtlichen während der Trauerarbeit dargestellt, deren Rahmenbedingungen und die Akzeptanz durch die betroffenen Familien. Abschließend folgen Vorschläge zu einer Erweiterung des Angebots. Bestelladresse: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg, Heinrichsdamm 4, 96045 Bamberg, Tel. 09 51/965 25-0, Fax: 09 51/965 25-29, E-Mail: sekretariat@ifb.uni-bamberg.de

www.achten-statt-aechten.de. Mit einem neuen Internetauftritt setzt die Caritas in Deutschland einen Kontrapunkt zur aktuellen Debatte um jugendliche Straftäterinnen und Straftäter. Auf obiger Website werden benachteiligte Jugendliche, deren Probleme und ihre Wege aus Krisen vorgestellt. In Videos und Radiobeiträgen kommen sie selbst zu Wort und schildern die Welt aus ihrer Sicht. Die Internetseite beschreibt Hintergründe von Entwicklungen, stellt Projekte vor, fragt Experten und Expertinnen sowie Prominente nach deren Positionen und benennt die sozialpolitischen Forderungen des Verbandes. Diese können in einem Forum diskutiert werden. www.achten-statt-aechten.de ist Teil der bundesweiten Kampagne 2008 des Deutschen Caritasverbands, die zur Verbesserung der Situation benachteiligter Jugendlicher beitragen soll. Hintergrund der Kampagne ist die Befähigungsinitiative, die der Verband vor zwei Jahren gestartet hat. Über 800 Projekte stärken in Deutschland Kinder und Jugendliche, die aufgrund ihrer sozialen Situation und der Benachteiligung im Bildungssystem keinen einfachen Start ins Leben haben. *Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Caritasverbandes vom Januar 2008*

www.berlin-gegen-gewalt.de. Der Landeskommision Berlin gegen Gewalt stehen in den Jahren 2008 und 2009 Mittel für Modellprojekte zur Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern mit Migrationshintergrund und zur Steigerung der Konfliktkompetenz von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zur Verfügung. Im Rahmen eines Wettbewerbs können sich interessierte Träger um die Durchführung entsprechender Projekte bewerben. Weitere Informationen zu diesem Vorhaben der Landeskommision Berlin gegen Gewalt sind auf der oben genannten Internetseite zu finden. *Quelle: Information der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Landeskommision Berlin gegen Gewalt vom Januar 2008*

► Ausbildung und Beruf

Weiterbildungsmarkt. Im Bereich von Weiterbildungen fehlt eine bundesweite, Anbieter übergreifende Statistik. Die wenigen existierenden Erhebungen beziehen sich fast ausschließlich auf einzelne Regionen oder Angebotssegmente. Verlässliche Aussagen zu künftigen Entwicklungen auf dem Anbietermarkt sind auf dieser Grundlage nicht möglich. Das Institut für Entwicklungsplanung und Struk-

turforschung an der Universität Hannover (IES) wird ab sofort im Rahmen eines gemeinsamen Forschungsprojektes des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) Anbieter von Weiterbildungen kontaktieren, um die Aktualität der bislang vorliegenden Daten zum Weiterbildungsmarkt zu prüfen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert diese Untersuchung. Erste Ergebnisse werden in diesem Jahr erwartet. Auf dieser Grundlage soll an der Entwicklung eines Systems gearbeitet werden, damit künftig mit möglichst geringem Aufwand die Veränderungen auf dem Weiterbildungsmarkt aktuell erfasst und untersucht werden können. *Quelle: DGSv Aktuell 4.2007*

Neuer Ausbildungsberuf. Bisher bildeten die Krankenkassen Sozialversicherungsangestellte aus. Nun gibt es zusätzlich den neuen Ausbildungsberuf „Kaufmann/Kauffrau im Gesundheitswesen“, der in Zukunft nicht nur in Krankenkassen, sondern auch in Krankenhäusern oder Rehabilitationseinrichtungen ausgeübt werden kann. Schwerpunkte der Ausbildung sind Marketing und Vertrieb der Krankenversicherung beziehungsweise Krankenversicherung. Zukünftige Auszubildende müssen eine grundsätzliche Kommunikationsbegabung mitbringen. Darauf wird bereits bei ihrer Auswahl geachtet, oft im Rahmen eines Assessmentcenters. *Quelle: Deutsche Angestellten Zeitung DHV 1.2008*

Hauswirtschaft: Zusatzqualifizierung zur Unterstützung der Versorgung pflegebedürftiger Menschen. Mit hauswirtschaftlichen Fachkräften soll künftig noch besser auf die besonderen Anforderungen der Versorgung und Betreuung pflegebedürftiger und demenzkranker Menschen in Ergänzung zu den pflegerischen Leistungen, insbesondere in neuen Wohnformen, vorbereitet werden. Eine entsprechende Seminarreihe bietet die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft für hauswirtschaftliche Bildung Rheinland-Pfalz ab März 2008 in Neuwied und Ludwigshafen an. Pflegebedürftige und an Demenz erkrankte Menschen sollen so lange wie möglich zu Hause leben können, das ist ein wichtiges Ziel von Sozialministerin Malu Dreyer. Die neuen Wohnformen ermöglichen ein hohes Maß an Selbstbestimmung und gleichzeitig notwendige Hilfen. Hauswirtschaftlichen Fachkräften kommt dabei große Bedeutung zu, denn sie bieten Unterstützung bei der Bewältigung des Alltags. Gleichzeitig werden sie vor besondere Herausforderungen gestellt, denn die demenzkranken Menschen brauchen ein hohes Maß an Sicherheit, Geborgenheit und Normalität in ihrem Alltag. Die Zusatzqualifizierung soll hauswirtschaftliche Fachkräfte darin unterstützen, diese Anforderungen zu bewältigen. Die Fortbildung umfasst insgesamt 160 Stunden. Bausteine sind: Soziale Gerontologie, Modelle und Konzepte moderner Wohnformen, Elemente zur Gestaltung eines förderlichen Milieus, Grundlagen der Pflege und pflegebegleitender Maßnahmen, Alltags- und Lebensgestaltung, Organisation der Zusammenarbeit von Hauswirtschaft, Pflege und weiteren Partnern, berufliche Rahmenbedingungen, Kommunikation und Reflexion. Informationen: ADD, Friedrich-Ebert-Straße 14, 67433 Neustadt/Weinstraße. Tel.: 063 21/99 24 74, Fax: 063 21/99 24 34
E-Mail: margot.baur@addnw.rlp.de.

3.-4.4.2008 Speyer. 5. Sozialrechtstagung: „Armutsfeste Alterssicherung – Analysen, Wirkungen, Konzepte“. Information: Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz, Eichendorffstraße 4-6, 67346 Speyer, Tel.: 062 32/17-22 14, Internet: www.deutsche-renten-versicherung-rlp.de
E-Mail: presse@drv-rlp.de

3.-4.4.2008 Dresden. Fachtagung: Aufwachsen in sozialer Verantwortung. Herausforderungen für Kindertageseinrichtungen und Akteure des Sozialraums. Information: apfe e.V. – Projekt KINET, c/o Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit Dresden, Semperstraße 2a, 01069 Dresden, Tel.: 03 51/469 02 38, E-Mail: antje.foerster@ehs-dresden.de

9.-11.4.2008 Selb/Silberbach. Seminar: Machen Computerspiele süchtig, dumm und aggressiv? Die Fakten und Ratschläge für Erzieherinnen und Erzieher. Sozialakademie Haus Silberbach, Sommerhauer Straße 1-5, 95100 Selb/Silberbach, Tel.: 092 87/968 20, Internet: www.haus-silberbach.de, E-Mail: mail@haus-silberbach.de

11.4.2008 Freiburg. Fachtagung: Armut und Bildungsbenachteiligung von Kindern und Jugendlichen – Herausforderung für die Soziale Arbeit. Information: Katholische Fachhochschule Freiburg, Institut für Angewandte Forschung, Entwicklung und Weiterbildung, Karlstraße 63, 79104 Freiburg, Tel.: 07 61/200-736, E-Mail: iaf@kfh-freiburg.de

16.-17.4.2008 Hannover. AFET Fachtagung 2008: Eltern stützen – Kinder schützen. Was muss sich ändern im Verhältnis Eltern-Kind-Staat. Information: AFET Bundesverband für Erziehungshilfe e.V., Osterstraße 27, 30159 Hannover, Tel.: 05 11/35 39 91-3, Internet: www.afet-ev.de, E-Mail: info@afet-ev.de

16.-18.4.2008 Fulda. Deutscher Fundraising-Kongress 2008. Information: Kongressbüro neues handeln GmbH, Tel.: 02 21/160 82-0, Internet: www.fundraisingkongress.de, E-Mail: info@fundraisingkongress.de

18.4.2008 Münster. 7. Hochschuldidaktisches Kolloquium: Sozialarbeitswissenschaft in der Lehre. Information: Fachhochschule Münster, Fachbereich Sozialwesen, Hüfnerstraße 21, 48149 Münster, Tel.: 02 51/836 57 03, E-Mail: a.muehler@t-online.de

16.-17.5.2008 Freiburg. Tagung: Sinn für Ungerechtigkeit – Streit um Gerechtigkeit. Soziale Arbeit und Bildungsarbeit vor der Herausforderung des (Un-)Gerechtigkeitsdiskurses. Anmeldung: Katholische Akademie, Postfach 947, 79009 Freiburg, Tel.: 07 61/319 18-0, Internet: www.katholische-akademie-freiburg.de, E-Mail: mail@katholische-akademie-freiburg.de